

**Rede**  
**von Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder**  
**anlässlich der Veranstaltung**

**„Strategische Partnerschaft  
Deutschland – Russland.  
Übergabe der G8-Präsidentschaft  
von Russland an Deutschland“**

**am Mittwoch, 17. Januar 2007**  
**in Berlin**

Sperrfrist: Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Shuvalov,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Tagung.

Die russische G8-Präsidentschaft war – das kann man ohne Zweifel sagen – eine erfolgreiche. Sie fand vor dem Hintergrund der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten in einer schwierigen internationalen Situation statt.

Der Präsidentschaft ist es gelungen, eine gemeinsame Position der G8 zur Lage im Nahen Osten und im Konflikt um das iranische Nuklearprogramm zu erreichen.

Die deutsche G8-Präsidentschaft in diesem Jahr wird an verschiedene Themen der russischen Präsidentschaft anknüpfen.

Ziel muss die Stärkung der G8 als ein Instrument für eine sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung sein.

Das wird vor allem umfassen Fragen in den Bereichen Schutz des geistigen Eigentums, Energie, Klimaschutz, Rohstoffe, Stabilität und Transparenz der internationalen Finanzmärkte.

Die G8-Präsidentschaft Russlands hat unterstrichen, welche konstruktive und verlässliche Rolle Russland im internationalen Zusammenhang übernommen hat. Das ist für uns Europäer, vor allem für uns Deutsche von großer Bedeutung.

In den vergangenen Jahrhunderten gab es Zeiten von guten Beziehungen und Zeiten von schlechten, auch sehr schlechten Beziehungen.

Waren die Beziehungen schlecht, stand es um Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent nicht gut.

Es ist erst sechs Jahrzehnte her, dass sich junge Russen und junge Deutsche in einem mörderischen, von Hitler-Deutschland entfachten, Krieg gegenüber standen.

In der damaligen Sowjetunion verloren mehr als 20 Millionen Menschen ihr Leben, auch über unser Land brachte der Krieg Leid und Tod.

Seit Gründung der Bundesrepublik haben alle deutschen Regierungen den Beziehungen zur Sowjetunion beziehungsweise zu Russland eine besondere Bedeutung zugemessen.

Meine Amtsvorgänger und auch ich haben immer Wert auf gute persönliche Beziehungen zu den Regierenden in Russland gelegt. Mein Eindruck ist, dass sich das fortsetzt, auch wenn persönlicher Stil sicher unterschiedlich ist.

Nun wurden in Deutschland die Beziehungen zu Russland in den vergangenen Monaten von einigen Debatten überlagert.

Diese Debatten waren zum Teil richtig und notwendig, sie waren aber auch zu einem nicht unerheblichen Teil von Missverständnissen, antirussischen Reflexen und von Vorurteilen geprägt.

Wer Russland fair beurteilen will, der sollte einen Blick in die Geschichte des Landes werfen.

Das Land hatte keine demokratische Tradition. Das Zarenreich war dunkelste Tyrannei, danach gab es 1917 wenige Monate einer bürgerlichen Regierung, danach 75 Jahre kommunistische Diktatur.

Die Zeit in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wird in westlichen Medien gelegentlich noch gepriesen. Wer genauer hinsieht, stellt fest, dass bedenkliche ökonomische Entwicklungen einhergingen mit dem Zerfall von Staatlichkeit.

Die russischen Bürger haben das als einen Zustand von Not, Korruption und Chaos wahrgenommen.

Präsident Putins historische Leistung ist, Russland nach diesem chaotischen Jahrzehnt innen- wie außenpolitisch auf einen Weg der Stabilität und Verlässlichkeit geführt zu haben.

Staatlichkeit wurde wieder hergestellt, das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen ist gewachsen und der Lebensstandard verbessert. Es wurde begonnen, Rechtsstaatlichkeit aufzubauen.

Das ist nachgerade die Voraussetzung von Demokratie. Es gibt keine demokratischen Zustände ohne einen funktionierenden Staat.

In der internationalen Politik hat Russland eine wichtige und verlässliche Rolle übernommen.

Mit dem WTO-Beitritt wird Russland integraler und gleichberechtigter Partner der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft.

Eigentumsschutz, Transparenz und Rechtsschutz in Russland werden dadurch positiv beeinflusst.

An die Stelle jahrzehntelangen antagonistischen Denkens und Handelns ist also das Bewusstsein gemeinsamer Interessen und auch gemeinsam definierter Werte getreten.

Niemand bestreitet, dass es in Russland Defizite gibt. In vielen Bereichen steht das Land am Beginn einer Entwicklung. Das weiß niemand besser als die derzeitige russische Führung.

Aber wir sollten uns auch vor Augen führen: Wo stünde das Land heute, wenn das Chaos der 90er Jahre sich ausgebreitet hätte, die ethnische und religiöse Vielfalt des Landes sich in gewalttätige Konflikte verwandelt hätte, die Atommacht Russland gar zu einem „failed state“ geworden wäre?

Das alles ist nicht eingetreten. Man könnte sagen: Zum Glück. Aber mit Glück hat das wenig zu tun, sondern mit politischem Handeln des russischen Präsidenten.

Deshalb sollten wir Europäer den Weg der Stabilität in Russland stützen. Das gelingt am besten, wenn wir die Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland weiter vertiefen.

Meine Damen und Herren,

wir haben jetzt ein historisches Zeitfenster für diese Partnerschaft. Drei Gründe sprechen dafür, diese Chance zu ergreifen.

Erstens: Russland hat derzeit eine politische Führung, die Europa als einen strategischen Partner betrachtet.

Russland hat – mit seinen unterschiedlichen Völkern, Religionen und Kulturen – weitgespannte politische, wirtschaftliche und kulturelle Interessen, die von Europa bis Fernost reichen.

Aber: In seinem Selbstverständnis, seinen historischen Bindungen und seinen außerordentlichen wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen gehört Russland zweifellos zu Europa.

Bereits vor 5 Jahren hat Präsident Putin vor dem Deutschen Bundestag eines deutlich gemacht:

Europa werde seinen Ruf als selbständigen Ort der Weltpolitik nur festigen, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den menschlichen, territorialen und natürlichen Ressourcen wie auch den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen könne. Ich teile diese Auffassung.

Seine Vision ist die Rekonstruktion der Bedeutung Russlands. Und er weiß, dass er dieses Ziel nur in einer immer enger werdenden strategischen Partnerschaft zu Europa erreichen kann. Diese historische Chance muss Europa nutzen.

Zweitens: Es gibt eine Alternative für Russland, die Hinwendung zur eurasischen Region.

Sie kann angesichts des politischen Machtzuwachses in Asien, der Wirtschaftsentwicklung insbesondere in China und Indien und dem damit verbundenen Energiehunger für Russland sehr interessant – sprich: sehr lukrativ - sein.

Diese Hinwendung würde nicht zwangsläufig zu einer Loslösung Russlands von Europa führen. Aber sie könnte zu einer empfindlichen Schwächung der globalen Bedeutung Europas führen.

Wir sehen bereits jetzt erste Entwicklungen bei Diversifizierung der russischen Energieexporte, also das Aufbauen von Kapazitäten in Richtung China.

Wir sehen bilaterale Militärstrukturen in Zentralasien, wir sehen den raschen Aufbau multilateraler Strukturen in der eurasischen Region.

Das alles muss für uns Europäer noch keine gefährliche Entwicklung sein. Im Gegenteil: Alles, was zur Stabilisierung dieser Region beiträgt, ist gut für Frieden und Entwicklung im globalen Kontext.

Aber wir Europäer sollten darauf achten, dass die Balance gewahrt bleibt, dass wir die engst mögliche ökonomische und politische Verflechtung zu Russlands herstellen.

Drittens: Auch wenn wir fest in einem transatlantischen Bündnis verankert sind und eine gemeinsame Wertebasis besitzen, so müssen wir doch konstatieren:

In der Russlandpolitik beziehungsweise in der Ostpolitik gibt es zwischen Europa und den USA zum Teil unterschiedliche Interessen. Wir werden eine verlässliche Partnerschaft mit Russland nicht erreichen können ohne diese Unterschiede offen auszusprechen und entsprechend zu handeln.

Europa sollte alles unterlassen, was als Eindämmungs- oder Einkreisungspolitik gegenüber Russland mißverstanden werden könnte.

Es ist insbesondere Deutschlands Aufgabe, die strategische Partnerschaft zwischen Europäischer Union und Russland zu entwickeln und wo immer es geht zu vertiefen.

Dies gilt im übrigen unabhängig von den jeweils handelnden Persönlichkeiten.

Meine Damen und Herren,

ohne Zweifel hat Russland eine zentrale Rolle bei der Frage, wie wir Europäer angesichts eines verschärften Wettbewerbs einen gerechten und vor allem friedlichen Anteil an den weltweiten Energieressourcen sicherstellen können.

Europa wird dabei auf einen vernünftigen Energie-Mix setzen, wird seine Anstrengungen bei Erneuerbaren Energien und Energie-Effizienz verstärken und für eine Diversifizierung der Versorgung – sowohl bei der Exploration, beim Transport als auch bei der Distribution sorgen.

Das sind Selbstverständlichkeiten einer nachhaltigen und verlässlichen Energiepolitik, wie wir sie in Deutschland in den vergangenen Jahren betrieben haben.

Und dennoch: Die Europäische Union wird in 20 Jahren zu 70 Prozent vom Import fossiler Energieträger abhängig sein. Gegenwärtig sind es rund 50 Prozent.

Russland verfügt weltweit über rund 6 Prozent der Ölreserven und rund 30 Prozent der Gasreserven.

Zum Vergleich: Die Europäische Union verfügt über 3 Prozent der weltweiten Gasreserven und nicht einmal 2 Prozent der Ölreserven. Diese begrenzten Reserven können lediglich einen Bruchteil des eigenen Verbrauches sicherstellen.

Europa wird also in den nächsten Jahrzehnten in zunehmenden Maße auf Öl- und Gasimporte angewiesen sein.

Die Frage wird sein: Wer wird verlässlich und langfristig in der Lage sein, diesen Bedarf zu decken?

Für Öl und Gas kann dies außerhalb Europas nur sein: Der Nahe und Mittlere Osten, also insbesondere Saudi-Arabien, Katar, Irak und Iran; Afrika, also insbesondere Nigeria, Libyen und Algerien; und Russland.

Wer über Verlässlichkeit in der Energieversorgung debattiert, muss auch über die Stabilität in den Lieferregionen sprechen.

Wer sich diese Länder genau anschaut, kann nach derzeitigem Stand nur feststellen, dass es keine stabilere Weltregion als Russland gibt, aus der wir Öl und Gas beziehen könnten.

Auf der anderen Seite sollten wir Europäer uns klar machen, dass wir in einem harten Konkurrenzkampf um Energieressourcen stehen.

Asien importierte 1998 bereits 58 Prozent seines Rohölbedarfs. Im Jahr 2010 werden es 68 Prozent sein. Den größten Anteil am steigenden Verbrauch haben China, Japan und Indien.

Auch im Gas-Sektor ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten. Der Gasverbrauch Asiens hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt.

Es liegt also im ureigensten Interesse Europas, die Energiepartnerschaft mit Russland zu vertiefen.

Um den steigenden Importbedarf Europas an Gas decken zu können und die Diversifizierung – auch der Transportwege - voranzutreiben, sind zusätzliche Transportkapazitäten erforderlich.

Mit den bestehenden Gasfernleitungen nach Europa wird es nicht möglich sein, den Transportbedarf in den kommenden Jahrzehnten zu decken.

Im Jahr 2015 werden die EU-Länder rund 230 Milliarden Kubikmeter mehr Gas als heute importieren müssen.

Um diesem erheblichen Mehrbedarf gerecht zu werden, hat die Europäische Union verschiedene neue Lieferprojekte angedacht:

- Rund 15 Prozent sollen durch zusätzliche Erdgaslieferungen aus Algerien und Libyen gedeckt werden.
- Rund 10 Prozent durch Erdgaslieferungen aus Norwegen.
- Rund 10 Prozent über die Nabucco-Pipeline aus dem Nahen Osten,

- sowie rund 25 Prozent über die Ostsee-Pipeline Nord Stream

Die verbleibenden 40 Prozent müssen durch Flüssiggaslieferungen gedeckt werden, was technisch schwierig sein wird, aber ohne Zweifel notwendig ist.

Diese Projekte werden von der Europäischen Union als Projekte eines transeuropäischen Energienetzes behandelt, weil sie elementar für die Energiesicherheit Europas sind. Rund 19 Milliarden Euro sind als Investitionen hierfür notwendig.

Die Ostsee-Pipeline ist hierbei ein zentrales europäisches Projekt, das schon seit sieben Jahren Bestandteil der transeuropäischen Netze ist.

Und sie wird ein weiteres Standbein in den russisch-europäischen Energiebeziehungen sein, denn die Versorgungssicherheit Europas wird nicht mehr so stark von Instabilitäten in den Transferländern abhängig sein.

Ich begrüße, das der Europäische Rat und das Europäische Parlament dies im September 2006 nochmals bestätigt haben.

Die Ostsee-Pipeline ist also ein vorrangiges Vorhaben von europäischem Interesse.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – und es ist zu betonen: alle Mitgliedsstaaten – sind durch diesen Beschluß verpflichtet, die Verwirklichung des Projektes zu unterstützen.

Meine Damen und Herren,

das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Russland läuft aus und es geht nun darum, die vor Jahrzehnten konzipierte Ostpolitik konsequent weiter zu entwickeln und für die nächsten 10 Jahre festzuschreiben.

Im Jahr 2003 haben sich die Europäische Union und Russland darauf geeinigt, die Vision der „vier gemeinsamen Räume“ zu verwirklichen:

Einen Gemeinsamen Wirtschaftsraum; einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts; einen Raum der Forschung und Bildung, einschließlich der Kultur und einen Raum der äußeren Sicherheit.

Es geht darum, unsere erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter zu vertiefen und die Chancen einer gemeinsamen Infrastruktur in den Bereichen Energie, Kommunikation und Verkehr zu nutzen.

Zur Stärkung der inneren Sicherheit müssen wir grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus gemeinsam bekämpfen, und im Raum der Freiheit die Reisemöglichkeiten durch einen visafreien Verkehr verbessern.

Im gemeinsamen Raum der Bildung und Forschung wird es darum gehen, den intellektuellen und kulturellen Austausch zu verstärken.

Durch eine intensive Zusammenarbeit im Bereich der äußeren Sicherheit müssen wir die Friedensordnung für ganz Europa, aber vor allem unsere gemeinsame Nachbarschaft weiter stabilisieren und uns in allen internationalen Fragen eng abstimmen.

Das kann in einer militärischen Kooperation im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfolgen – zum Beispiel bei gemeinsamen friedenserhaltenden Einsätzen.

Diese Fragen müssen im Rahmen eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland vertieft werden.

Ich unterstütze die Position des Bundesaußenministers ausdrücklich, der hierzu Vorschläge auf den Tisch gelegt hat und hoffe, dass diese Vorschläge nicht in Vergessenheit geraten.

Diese Vorschläge beziehen auch eine Modernisierungspartnerschaft für den Raum zwischen der Europäischen Union und Russland, den Südkaukasus sowie Zentralasien ein.

Diese einzelnen Strategien müssen zusammengeführt und eng mit Russland abgestimmt werden.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch abschließend bemerken: So wichtig die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen auch ist – noch wichtiger ist die Vernetzung unserer Gesellschaften.

Hierbei haben wir in den vergangenen Jahren gute Fortschritte erzielt. Eine große und weiter wachsende Zahl von Städtepartnerschaften verbindet die Menschen in unseren Ländern.

Hunderte von Schulen in Russland und Deutschland unterhalten Partnerschaften.

Anfang des vergangenen Jahres wurde die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gegründet. Das ist ein wichtiger Schritt.

Denn nur wenn junge Russen und Deutsche einander begegnen, gegenseitiges Interesse entwickeln und einander besser verstehen lernen, wird das Bewusstsein für die Bedeutung des deutsch-russischen Verhältnisses wachsen.

Es liegen also große Chancen in einer engen Zusammenarbeit mit Russland.

Aber wir sollten nicht so tun, als ob nur die Russen uns dafür dankbar sein sollten, dass sie unser Partner sein dürfen.

Auch wir haben ein großes Interesse und sind dankbar für diese Partnerschaft.

Denn wir wissen, dass wir nur gemeinsam in der Lage sind, Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa zu schaffen und zu erhalten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!